

Antrag

**der Abgeordneten Hans-Detlef Roock, Dennis Gladiator, Hjalmar Stemmann,
Karin Prien, Birgit Stöver (CDU) und Fraktion**

Betr.: Landwirtschaftliche Betriebe in Hamburg dauerhaft sichern

Das Bau- und Naturschutzrecht sieht vor, dass bei Bauvorhaben Ausgleichsmaßnahmen erforderlich sind. Sofern diese Maßnahmen nicht im unmittelbaren Umfeld realisiert werden können, ist es gängige Praxis, in den Feldmarken sowie allen landwirtschaftlich genutzten Flächen Ausgleichsflächen auszuweisen.

Die Schaffung von immer mehr Naturschutzausgleichsflächen in den Hamburger Feldmarken und landwirtschaftlich genutzten Flächen bedroht aber mittelfristig die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe. Dieses sollte nicht Interesse Hamburgs sein, weil insbesondere die Landwirte einen erheblichen Beitrag zum Landschaftsschutz liefern, die Versorgung mit Produkten aus der Region sicherstellen und damit einen erheblichen Beitrag zur Lebensqualität in unserer Stadt leisten.

In der Vergangenheit ist das Problem bei größeren Bauvorhaben (Airbus, Elbvertiefung) mit den Nachbarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen durch Staatsverträge gelöst worden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. keine weiteren Flächen der Landwirtschaft zu entziehen und konzeptionell durch den Ankauf von Ausgleichsflächen in Niedersachsen oder Schleswig-Holstein oder durch Staatsverträge die Existenz der Hamburger landwirtschaftlichen Betriebe zu sichern,
2. für die Planungssicherheit und die Existenzsicherung der landwirtschaftlichen Betriebe ein Agrarflächenmanagement einzurichten,
3. anstelle des heutigen Hamburger Staatsrätemodells eine Hamburger Kompensationsverordnung zu erlassen, wenn der von der Bundesregierung beschlossene Entwurf einer Bundeskompensationsverordnung nicht bis zum 31.12.2014 erlassen worden ist,
4. die Bürgerschaft laufend über die Umsetzungsschritte zu unterrichten.